

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Markus Herbrand, Christian Dürr, Dr. Florian Toncar, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Karsten Klein, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Till Mansmann, Dr. Martin Neumann, Frank Schäffler, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Blackbox Finanzwissen – Neue Wege zum Vermögensaufbau

Viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland haben den Wunsch, finanziell für das Alter und für Notfälle gerüstet zu sein, sich rechtzeitig auf größere Ausgaben für Anschaffungen vorzubereiten und nahestehenden Personen etwas hinterlassen zu können. Die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und der Funktion und der Aufgaben des Geldes sowie die daraus folgenden Möglichkeiten zur privaten Vorsorge bilden die Grundlage, um diesem Wunsch nachkommen zu können.

In Zeiten extrem niedriger Zinsen ist nach Ansicht der Fragestellenden mangelndes Wissen über die Wirkmechanismen der Finanzmärkte, über die Möglichkeiten der Geldanlage und der privaten Altersvorsorge besonders schädlich. Die Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung hat in den letzten Jahren mehr Beachtung gefunden, wie etwa durch die Einführung des Schulfachs „Wirtschaft“ in Nordrhein-Westfalen, die Nutzung von Bildungs- und Informationsplattformen im Internet, die Initiativen und Projekte der OECD oder durch die Vermittlung von „Zentralbankwissen“ durch Fortbildungen und Unterrichtsmaterialien der Deutschen Bundesbank. Trotz dieser positiven Entwicklungen, sind für breite Teile der Gesellschaft Fragen der finanziellen Vorsorge und zum Wesen des Geldes noch unbeantwortet. Besonders viel Finanzbildungsbedarf sehen die Fragestellenden bei jungen Menschen, die oftmals wertvolle Zeit verstreichen lassen, bis sie Vermögensaufbau verstehen und betreiben.

Vor diesem Hintergrund möchten sich die Fragestellenden nach den Maßnahmen der Bundesregierung erkundigen, die diese zur Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung angestoßen hat und durchführt. Dabei sollen auch Fragen berücksichtigt werden, wie die Bundesregierung steuer- und finanzpolitischen Möglichkeiten zur Verbesserung des Vermögensaufbaus gegenübersteht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Rolle misst die Bundesregierung aus welchen Gründen der Vermittlung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung bei?
2. Was ist aus Sicht der Bundesregierung Finanzwissen und ökonomische Bildung?
3. Welche andauernden Herausforderungen und Missstände erkennt die Bundesregierung für das politische Anliegen, Finanzwissen und ökonomische Bildung in Deutschland zu stärken?
4. Welche Erkenntnisse, statistischen Datenerhebungen und wissenschaftlichen Studien liegen der Bundesregierung über die Verteilung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung vor?
5. Bei welchen Bevölkerungsgruppen erkennt die Bundesregierung auf Basis der ihr vorliegenden statistischen Datenerhebungen und wissenschaftlichen Studien einen besonderen Nachholbedarf im Hinblick auf Finanzkenntnisse und ein ökonomisches Verständnis?

Inwiefern nehmen folgende Aspekte eine Rolle ein:

- a) Altersgruppe,
 - b) Geschlecht,
 - c) Migrationshintergrund,
 - d) Bundesland bzw. Wohnort (gibt es einen Unterschied zwischen den alten und neuen Bundesländern),
 - e) weitere Merkmale?
6. Welche Kenntnisse und Informationen liegen der Bundesregierung, aufgeschlüsselt nach Altersgruppen, zu der Anzahl der Personen bzw. privaten Haushalte vor, die aufgrund einer unwirtschaftlichen Haushaltsführung in die Überschuldung geraten sind (bitte Angaben des Statistischen Bundesamtes berücksichtigen)?
 7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verschuldung von Privatpersonen in den letzten 4 Jahren jeweils jährlich entwickelt (bitte tabellarisch darstellen und Erhebungen des Statistischen Bundesamtes einbeziehen)?
 8. Welche Studien und Informationen liegen der Bundesregierung über unterschiedliche Wissensstände bei Finanzwissen und ökonomischer Bildung zwischen Männern und Frauen vor, und was sind die jeweiligen Hauptaussagen dieser Studien?
 9. Sieht die Bundesregierung die Vermittlung von Finanzwissen ausschließlich als Aufgabe der Schule und Eltern oder auch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die auch Unternehmen und Wirtschaftsorganisation zuständig sind?
 10. Mit welchen Instrumenten verbessert die Bundesregierung im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes die Finanzaufklärung für die Verbraucherinnen und Verbraucher?
 11. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode angestoßen, um den Vermögensaufbau in Deutschland zu erleichtern?
 12. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Beginn der laufenden Legislaturperiode angestoßen, um Finanzwissen und ökonomische Bildung zu fördern?

13. In welcher finanziellen Höhe in Euro hat die Bundesregierung seit Beginn der Legislaturperiode bis heute jeweils jährlich Mittel zur Stärkung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung verwendet?
14. Welche Projekte hat die Bundesregierung in welcher Höhe in Euro seit Beginn der laufenden Legislaturperiode bis heute jeweils jährlich angestoßen, um Finanzwissen und ökonomische Bildung zu fördern (bitte tabellarisch darstellen)?
15. Wie viele Personalstellen beschäftigen sich im Geschäftsbereich der Bundesregierung mit Fragen zur Stärkung von Finanzwissen und ökonomischer Bildung?
16. Inwiefern sind Fragen zur ökonomischen Bildung Bestandteil der außen- und entwicklungspolitischen Arbeit der Bundesregierung?

Berlin, den 24. März 2021

Christian Lindner und Fraktion

